

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Postgeb.). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 6 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Zur Vertragserneuerung

Ueber Verlauf und Ergebnis der diesjährigen Vertragserneuerung herrscht in weiten Bauarbeiterkreisen eine tiefgehende Unzufriedenheit. Schon der Abschluß der Reichstarifverträge gestaltete sich äußerst langwierig und bot auch sonst der Schwierigkeiten und Widerstände genug. Immerhin konnten beide Verträge noch in etwa rechtzeitig unter Dach gebracht werden: und auch inhaltlich können sie vor den Augen der Bauarbeiter bestehen. Ungleich größer sind die Widerstände und Hemmnisse, die sich dem Abschluß der örtlichen Verträge entgegenstellten und noch stellen. Trotz alles christlichen Verständigungswillens der Bauarbeiter sind in vielen Vertragsgebieten die Lohn- und Arbeitstarife bis heute nicht zustande gekommen. Wo eine Einigung erzielt worden ist, sind in sehr vielen Fällen die Zugeständnisse in der Lohnfrage durchaus unbefriedigend. Die Folge ist eine wachsende Unzufriedenheit auf Seiten der Bauarbeiter und in vielen Fällen eine Verbitterung, die noch lange nachwirken wird und weder dem Gewerbe noch dem sozialen Frieden förderlich sein kann.

Man hat in den letzten Jahren viel von einem Streikfever der Arbeiter gesprochen und ihnen besonders zum Vorwurf gemacht, daß sie zur Waffe des Streiks greifen, ohne die friedlichen Mittel erschöpft zu haben. Wir wollen nicht bestreiten, daß seit der Revolution viele überflüssige und auch unberechtigte Streiks geführt worden sind. Den Bauarbeitern wird man im allgemeinen diesen Vorwurf nicht machen können. In der erdrückenden Mehrzahl der Tarifgebiete sind sie der Verhandlungswege bis zum Ende gegangen und die Gerechtigkeit gebietet es festzustellen, daß es sehr oft ein wahrer Dornenweg gewesen ist. Wochenlang haben die Parteien unter sich verhandelt, um hinterher immer wieder das gleiche negative Ergebnis festzustellen. Dann sind die gesetzlichen Schlichtungsausschüsse angerufen worden, manchmal von beiden Parteien gemeinsam. Wo ihre Schlichtsprüche in etwa den Arbeiterwünschen entgegen kamen, sind sie fast stets von den Unternehmern abgelehnt worden. Auch dann haben die Bauarbeiter vielfach noch nicht zur Waffe des Streiks gegriffen, sondern in erneuten Verhandlungen versucht, sich zu niedrigeren Lohnsätzen zu einigen. Das gelang auch in manchen Fällen, z. B. für das ganze Gebiet des Freistaates Sachsen. Hinterher mußten die Arbeiter die Erfahrung machen, daß die Vollversammlung der Arbeitgeber auch die neue Vereinbarung ablehnte und so also ihre Verhandlungsführer glatt desabolierte. Als letzte Hoffnung blieb das Haupttarifamt. Es muß gesagt werden, daß seine Arbeit bei den Bauarbeitern sehr enttäuscht hat. Wo nur noch direkte Entscheidungen etwas nützen konnten, da erhielten wir durch die Schuld der Unternehmer nur Einigungsvorschläge. Auf Grund dieser Vorschläge ist es in einem Teil der strittigen Wohngebiete nun endlich zur Einigung gekommen, in anderen verlagten sie ihren Dienst vollständig. Uns ist ein Fall bekannt, wo die Unternehmer sich vorher schriftlich der Entscheidung des Haupttarifamtes unterworfen hatten, dann aber sich jeder Verpflichtung entzogen mit der Begründung, es liege ja keine Entscheidung vor, sondern nur ein Einigungsvorschlag.

Die in den letzten Wochen in unserem Gewerbe wieder recht häufig gewordenen Streiks finden in den hier beschriebenen Verhältnissen ihre Erklärung und meistens auch ihre Rechtfertigung. Wir sehen nicht an zu erklären, daß wir angesichts der gegenwärtigen trostlosen Lage des Bau- und Wohnungsmarktes Bauarbeiterstreiks für doppelt bedauerlich halten. Es muß aber auch einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Schuld an dem Ausbruch von Streiks längst nicht in allen Fällen die Arbeiter trifft. Im Baugewerbe liegt diesmal die Schuld überwiegend auf Seiten der Unternehmer, weil sie mit vorgefaßten Meinungen in die Verhandlungen traten und fast jeglichen Verständigungswillen vermissen ließen.

Bedrückt und gestört wurde die unerschöpfliche Leistung der Unternehmer durch den völlig un-

erwarteten Gang der Bautätigkeit. Es ist richtig, ohne Baukostenzuschüsse aus öffentlichen Mitteln kann heute nicht gebaut werden. Die für diese Zwecke bereitgestellten Fonds sind verbraucht, neue stehen nicht oder nur in völlig ungenügender Weise zur Verfügung. Eine Besserung der Bautätigkeit steht auch für dieses Jahr leider nicht mehr zu erwarten. Diese wird erst kommen, wenn die vom Reich geplante Wohnungssteuer, die voraussichtlich zum Herbst kommen wird, wirksam wird. Vom Reich wird zu fordern sein, daß es bis zum Wirksamwerden der Wohnungssteuer — und das ist kaum vor dem nächsten Frühjahr der Fall — nochmals Baukostenzuschüsse zur Verfügung stellt, damit die noch im Gange befindliche geringe Bautätigkeit nicht völlig zum Erliegen kommt.

Von noch stärkerem Einfluß auf die Haltung der Unternehmer in der Lohnfrage dürfte der bekannte Beschluß der Zentralstelle der deutschen Arbeitgeberverbände gewesen sein, wodurch die Unternehmer aller Gewerbe verpflichtet wurden, weitere Lohnerhöhungen „unter allen Umständen“ hintanzuhalten. Man hat allgemach auch in der Industrie einsehen gelernt, daß der heutige Preishochstand auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann, und möchte den Preisabbau damit beginnen, daß man die Löhne zunächst zum Stillstand bringt und in weiterer Folge herabsetzt, und zwar ohne Rücksicht auf die Entwicklung der Kosten des Lebensunterhalts.

Beide Gesichtspunkte müssen wir als durchaus ungeeignete Maßstäbe für die Bemessung der Lohnhöhe entfallen ablehnen. Den Arbeitslohn von dem jeweiligen Beschäftigungsgrad eines Gewerbes abhängig zu machen, ist ein direkt unsittliches Anstehen. Maßgebend für die Bemessung des Lohnes muß bleiben, was die Kosten der Lebenshaltung des Arbeiters erfordern. Daß dabei auf die Geschäftslage des Gewerbes billige Rücksicht zu nehmen ist, ist eine Erwägung, die schon das Selbstinteresse der Bauarbeitern nahegelegt und diesen auch im allgemeinen durchaus geläufig ist. Wenn als Gegenbeweis die Unternehmer auf manche außergewöhnlich hohe Forderungen der Arbeiter hinweisen, so darf man erwidern, daß sie diese nicht ernstlich zu nehmen brauchen, als sie von den rationalen Antragstellern gemeint waren. Zum zweiten ist zu sagen, daß nicht die Höhe der Preise emporgetrieben haben, sondern die zuerst und maßlos gestiegenen Preise waren es, die die heutigen „hohen“ Löhne nach sich zogen. Von den Tagen der Mobilmachung an kann nachgewiesen werden, daß die Preise rapide stiegen, während die Löhne zunächst gar nicht und dann nur ganz allmählich und in großem Abstände folgten. Und will etwa jemand behaupten, die heutigen Durchschnittslöhne ständen im Einklang mit dem allgemeinen Preisniveau und den Kosten der Lebenshaltung? Man muß sehr weit zurückgehen, um ein ähnlich krasses Mißverhältnis zwischen Nominal- und Reallohn festzustellen, als wie es heute tatsächlich besteht. Nein, erst Preisabbau, dann Lohnabbau, nicht umgekehrt.

Nun wird freilich behauptet, ein Lohnabbau rechtfertige sich, weil die Preise bereits gefallen seien; manche reden gar schon von einem Preissturz. Tatsache ist, daß die wichtigsten Lebensmittel, Brot, Kartoffel, Milch, Fleisch, Eier, bis in die letzte Zeit nicht im Preise gefallen, sondern noch gestiegen sind. Gefallen sind die Preise für Schmalz, Margarine, Reis, Hülsenfrüchte, Textil- und Schuhwaren. Die Verbilligung dieser Artikel fällt jedoch für den Arbeiterhaushalt gar nicht oder nur unerheblich ins Gewicht, weil, was namentlich auf Kleider und Schuhwaren zutrifft, sowohl zu den früheren wie auch zu den jetzigen „billigen“ Preisen Anschaffungen nur in dem allerbeschränktesten Umfange möglich waren und sind, zum anderen wird die Verbilligung durch den Mehrverbrauch (z. B. bei Fett) ausgeglichen und sogar mehr als das. Von den Preisen für Obst und Gemüse rehet man am besten nicht. Genug, daß wir trotz aller „Preisstütze“ für diese unentbehrlichen Waren heute noch viel zu hohe, teilweise sogar Wunderpreise zahlen. Der vielberedete Preisabbau gestaltete sich bisher in Wirklichkeit so, daß den wirklichen Preisherabsetzungen ebenso viele Artikel

entgegengestellt werden können, die Preissteigerungen erfahren haben, wobei man allerdings nicht nur an Lebensmittel denken darf. Um ein annähernd vollständiges Bild von der heutigen Lebenshaltung des Bauarbeiters zu bekommen, darf der zehnprozentige Steuerabzug nicht außer Acht gelassen werden, wobei zu bedenken ist, daß am Schlusse des Steuerjahres eine weitere Steuersumme von einigen hundert Mark aufgebracht werden muß. Die große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, durch die die Lebens- und Einkommensverhältnisse der Bauarbeiter weiter verschlechtert werden, sei hier nur nebenbei erwähnt. Nein, wir sind wirklich noch nicht so weit, daß existenzlich von einem Lohnabbau die Rede sein könnte.

Unseren Kollegen aber müssen wir sagen, daß wir erst am Anfang der Schwierigkeiten stehen. Die größten Schwierigkeiten werden erst kommen, wenn die Anfänge eines wirklichen Preisabbaues sich bemerkbar machen werden. Wir haben früher schon darauf hingewiesen, daß wir dann nicht Hals über Kopf und in den Lohnabbau stürzen können. Die völlig heruntergemieteten Bestände des Arbeiters an Kleidung, Wäsche, Haushaltungsgegenständen usw. machen es erforderlich, daß ihm dann in der Lohnfrage eine gewisse Schon- und Erholungszeit gewährt wird. Umgekehrt steht zu erwarten, daß das organisierte Unternehmertum dann das ganze Schwergewicht seiner konzentrierten Macht in die Waagschale werfen wird, um einen möglichst raschen und radikalen Lohnabbau zu erzwingen. Es könnte sich dann leicht die Vermutung ferner bestätigen, die da meinen, daß der Kampf um den Lohnabbau hartnäckiger verlaufen und größere Anstrengungen von den Bauarbeitern erfordern wird, wie der Kampf um den Lohnaufbau.

Die Begleitumstände der diesjährigen Vertragserneuerung sollten uns Bauarbeitern jedenfalls zu denken geben. Die Erfahrungen der letzten Wochen werden uns überzeugen haben, daß die Zeit der mühsamen Lohnerhöhungen vorbei ist. An dieser Stelle sind mehrfach Klagen über Verwechslung der Kollegen ab der letzten Lohnerfolge im letzten Jahre laut geworden, wie uns scheint, mit Recht. Allgemein dürfte festzustellen sein, daß die äußeren Erfolge der Gewerkschaften im letzten Jahre groß waren, daß aber der gewerkschaftliche Geist, der Geist des Idealismus und der Opferwilligkeit, nur bei wenigen ihrer Mitglieder eine Vertiefung erfahren hat. Und haben wir Unrecht, wenn wir meinen, daß die Bauarbeiter auf die Schwierigkeiten der diesjährigen Vertragserneuerung innerlich nicht völlig vorbereitet waren? Wir müssen wieder lernen, Opfer zu bringen für unsere Interessen und Ideale, und zwar größere Opfer, als wie sie im letzten Jahre von uns gefordert worden sind. Die kommenden Kämpfe dürfen uns nicht unvorbereitet finden. Die beste Vorbereitung liegt in der Stärkung der Organisation, in dem guten gewerkschaftlichen Geist ihrer Mitglieder, in wohlunbierten Kassen. Die in den letzten Wochen und Monaten gemachten Erfahrungen sind uns Warnung und Lehre zugleich.

Das Existenzminimum im Juli 1920

Von Dr. H. Kuczynski, Berlin-Schöneberg.
Der Juli brachte eine weitere Verbilligung von Mehl und Wäsche. Auch einzelne ausländische Nahrungsmittel, wie Reis, gingen im Preise zurück. Andererseits verteuerte der Mangel an Kartoffeln die Lebenshaltung. Dazu kam der Steuerabzug vom Lohne. Infolgedessen sind die Kosten des Existenzminimums, die im Juni bedeutend gesunken waren, im Juli wiederum gestiegen. Von den rationierten Nahrungsmitteln kosten in Groß-Berlin Zucker und Milch neunmal soviel wie vor dem Kriege, Brot zehnmal soviel, Butter 14mal soviel, Margarine 17mal soviel, Schmalz 31mal soviel. Beschafft man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Dreifache.

Ausland, natürlich zu entsprechend höheren Preisen freigegeben oder die Inlandspreise herausgesetzt würden. Nun, nachdem man seinen Willen nicht bekommen hat, geht es mit einem Male auch so, noch mehr, man ist plötzlich sogar in der Lage, Preisserhöhungen zu ertragen. Wenn dabei eine Weile ohne Gewinn oder selbst mit Verlust gearbeitet werden muß, so vermögen wir darin einen volkswirtschaftlichen Schaden nicht zu erblicken. Wer die Konjunktur gewinne eingestreckt hat, muß sich auch mit den Konjunkturverlusten abfinden. Ober worin befinden denn dann das vielerwähnte Unternehmensrisiko? Schließlich sind die in der Zementindustrie bestehenden Schwierigkeiten am ehesten dadurch zu beheben, daß die Zementpreise so bemessen werden, daß wieder gebaut werden kann. Dann wird die jetzt beklagte Absatzstörung ganz von selbst verschwinden. Der soeben versagte Wegfall der Freigabecheine wirkt in der gleichen Richtung.

Die geringe Bautätigkeit und die wenigen Ausbesserungsarbeiten haben auch auf dem Ziegelmarkt einen Ueberfluß an Vorräten bewirkt, der, wie der „Bauwelt“ gemeldet wird, schon zur Unterbietung der amtlichen Richtpreise geführt hat. Letztere Tatsache ist um so bemerkenswerter, als das Ziegelgewerbe vor kurzem einen langen, heftigen und zuletzt erfolglosen Kampf um die Erhöhung der Richtpreise beendete hat. Jetzt sieht man zu seinem Schaden, daß mit hohen Preisen allein wenig gewonnen ist. Denn die Vorräte häufen sich und die Aussichten auf Absatz sind bis auf weiteres gering. Kein Wunder, nachdem man durch die abnorm hohen Baustoffpreise die Bautätigkeit fast erdrosselt hat.

Preisermäßigungen werden auch für eine ganze Menge Gattungen gemeldet. Auch in der Glasindustrie scheint sich eine Preislenkung vorzubereiten.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Breslau

Sachsen. Der Bericht in Nr. 32 der „Baugewerkschaft“ ist dahin richtig zu stellen, daß die mit den Arbeitgebern getroffene Vereinbarung auf 55 Pfg. Lohnzulage ab 1. Juli von der Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes abgelehnt worden ist. In einer früheren Verhandlung wurden die 55 Pfg. zugestanden, der Tag der Nachzahlung ist aber vom 2. Juli auf den 1. Juli verschoben worden.

Bezirk Köln

Unsere diesmalige Tarifierneuerung ist auf ungeheure Schwierigkeiten gestoßen. Bei der ersten Zusammenkunft, die wir mit der Leitung des Rheinischen Arbeitgeberverbandes f. d. Baugewerbe in der Rheinprovinz hatten, schienen die Arbeitgeber geneigt zu sein, unserer am 18. März eingereichten Forderung auf Einteilung des rheinischen Bezirkes in zwei Lohngebiete entgegenzukommen. Thienemann erklärte, der Rheinische Arbeitgeberverband sei bereit, der Schaffung weniger Lohnklassen entgegenzukommen. Zwei Lohnklassen lehnte der Arbeitgeberverband jedoch ab; zum mindesten müßten es drei Klassen sein. Es setzten dann die Pressenotizen und das Tagesgespräch vom allgemeinen Abbau der Preise ein, und damit veranlaßte sich die Verhandlungsbasis der Unternehmer in einen total ablehnenden Standpunkt. Diesen ablehnenden Standpunkt hielt der Arbeitgeberverband auch bei, trotzdem von einem Preisabbau der für uns Arbeiter notwendigen Bedarfsartikel nichts zu merken war. Den Zimmerern in Köln riß der Geduldsfaden über die Verzögerung, sie traten in den Streit. Der Arbeitgeberverband drohte den Zimmermeistern mit allen möglichen Machtmitteln, falls sie sich mit den Zimmerern einigten. So zog sich der Zimmererstreik volle 9 Wochen hin. Die Beteiligten haben beiderseits ungeheure Opfer bringen müssen. Um zunächst für Köln Besche für eine Lohnerhöhung zu schlagen, wurde der Kölner Schlichtungsausschuß angerufen. Derselbe erklärte sich zwar in Hinblick auf den § 1 Abs. 4 des Reichsarbeitsvertrages nicht für zuständig, trat jedoch in die Einigungsverhandlungen ein und machte den Parteien einen Einigungsvorschlag, der 75 Pfg. Lohnerhöhung pro Stunde bedeutete. Während wir Bauarbeiter dem Vorschlage zustimmten, lehnte der Arbeitgeberverband denselben ab. Die Bauarbeiter legten darauf in sechs Geschäften, die dringende Arbeiten hatten, die Arbeit nieder. Daraufhin drohte der Arbeitgeberverband die Aussperrung aller Bauarbeiter an. Dieses veranlaßte die Stadtverwaltung, Verhandlungen unter dem Begegneten Haas herbeizuführen. Diese Verhandlung führte für das Lohngebiet Köln zur Einigung und brachte den Zimmerern eine Lohnerhöhung von 1 M., den anderen genannten Berufs von 75 Pfg. für Hilfsarbeiter 70 Pfg. pro Stunde. Mittlerweile hatte man sich in Krefeld, Neß, Mörs, Koblenz, geeinigt. Für alle übrigen Lohngebiete lehnten die Arbeitgeberverbände indes jede Lohnerhöhung ab. Es mußten die strittigen Gebiete mithin zur Entscheidung an das Haupttarifamt f. d. Baugewerbe gebracht werden. Da indes bei der Tagung des Haupttarifamtes in Berlin für die Verhandlungen der übrigen strittigen Lohngebiete des Rheinlandes nicht genügend Zeit verblieb, so wurde zur Entscheidung der Differenzen im rheinischen Bezirk ein besonderes Schiedsgericht eingesetzt. Dieses Schiedsgericht, welches am 7. August in dem Rathaus zu Köln tagte, hat folgenden Schiedsspruch gefällt:

- Die Löhne werden festgesetzt mit Wirkung vom 6. August 1920 an wie folgt:
- Lohngebiet Bonn: Zimmerer 6,75 M., Maurer 6,40 M., Bauhilfsarbeiter 6,20 M.
- Lohngebiet Siegfried A: Zimmerer 6,75 M., Maurer 6,40 M., Bauhilfsarbeiter 6,20 M.
- Lohngebiet Siegfried B: Zimmerer 6,25 M., Maurer 6,25 M., Bauhilfsarbeiter 6,00 M.
- Lohngebiet Jülich: Zimmerer 5,20 M., Maurer 5,20 M., Bauhilfsarbeiter 5,05 M.
- Lohngebiet Aachen: Zimmerer 5,50 M., Maurer 5,20 M., Bauhilfsarbeiter 5,60 M.

Am 21. August ist der vierunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

- Lohngebiet Weilenkirchen: Zimmerer 5,80 M., Maurer 5,80 M., Bauhilfsarbeiter 5,50 M.
- Lohngebiet M.-Gladbach: Zimmerer 6,30 M., Maurer 6,30 M., Bauhilfsarbeiter 6,20 M.
- Lohngebiet Gummersbach: Zimmerer 6 M., Maurer 6 M., Bauhilfsarbeiter 5,90 M.
- Lohngebiet Euskirchen: Zimmerer 5,75 M., Maurer 5,75 M., Bauhilfsarbeiter 5,60 M.
- Lohngebiet Rheinbach: Nach Inkrafttreten des Bezirkstarisvertrages sollen die tariflichen Schlichtungsstellen entscheiden.
- Lohngebiet Schleiden: Zimmerer 5,65 M., Maurer 5,65 M., Bauhilfsarbeiter 5,50 M.
- Lohngebiet Erkelenz: Zimmerer 5,40 M., Maurer 5,40 M., Bauhilfsarbeiter 5,20 M.
- Lohngebiet Neuwied und Andernach: Zimmerer 6,60 M., Maurer 6,35 M., Bauhilfsarbeiter 6,20 M.
- Lohngebiet Wehborf: Zimmerer a) 5,15 M., b) 5,05 M., Maurer a) 5,15 M., b) 5,05 M., Bauhilfsarbeiter a) 4,95 M., b) 4,85 M.

Bezüglich Schleiden erklären die Arbeitnehmer, daß sie auf einen Schiedsspruch hinsichtlich der Lohnfestsetzung für Schleiden verzichten. Der Vorsitzende erklärte, daß das unzulässig sei.

Das Begegeboll soll 8 Pfg. für Köln, Neuß und Bonn für die Minute betragen.

Kostenstellen sollen 7 Proz., Vorarbeiter 12 Proz., Zuschlag zum Tariflohn erhalten.

Für Ueberstunden sollen 20 Proz., für Nachtstunden 50 Proz., für Sonntagsarbeit 100 Proz. Zuschlag zum Tariflohn gezahlt werden, für heiße und schmutzige Feuerungsarbeiten 50 bis 100 Proz.

Bei Wechselschichten sollen die Nachtstunden wie Ueberstunden bezahlt werden, es sei denn, daß das Haupttarifamt für das Reich eine andere Regelung trifft.

Für Arbeiten in der chemischen Industrie erhalten die Arbeiter für Arbeiten im Betriebe, die in der chemischen Industrie vereinbarten Zuschläge.

Der Antrag der Arbeitgeber, zwischen Koblenz-Stadt und -Land zu trennen, wird abgelehnt.

Wenzberg, Obenthal, Körsch und Wahn sollen zum Lohngebiet Köln geschlagen werden.

Die Katastergemeinden (nicht die politischen) Rönigswinter und Hornes sollen in Zukunft dem Siegfried A, Oberath soll hinfür Gummersbach angehören.

Bergheim soll ein selbständiges Lohngebiet werden.

Die Bürgermeistereien Sechenich, Ghmlich und Liblar sollen ein eigenes Lohngebiet bilden; als Schlichtungsstellen sollen diejenigen von Köln maßgebend sein. Begegeboll soll wie in Köln gezahlt werden.

Etwasige Meinungsverschiedenheiten bei Abfassung des Tarifs soll das neu zu schaffende Tarifamt in Köln entscheiden.

Durch diesen Schiedsspruch sind die Lohngebiete Aachen, Weilenkirchen, Euskirchen, Rheinbach, Schleiden und Erkelenz in den Bezirkstaris aufgenommen worden. Da die Parteien sich dahin verständigt hatten, daß durch den zu fallenden Schiedsspruch die Differenzen erledigt sein sollten, haben, soweit bekannt, die Unternehmer dem Schiedsspruch entsprechend gezahlt. Wo es nicht geschehen sollte, muß es durch die Organisation durchgeführt werden. Die Tarife können nun endlich unterschrieben und in Druck gegeben werden. Mit dem Arbeitgeberverband der bergischen baugewerblichen Betriebe sowie dem Düsseldorf Arbeiterverband gelang es, eine Einigung ohne Schlichtungsinstanzen herbeizuführen. Diese waren diesmal weit einschüchternder als der Rheinische Arbeitgeberverband.

Polier- und Schachtmeisterbewegung

Böhm. Die Ortsgruppe des sozialdemokratischen Deutschen Polierbundes in Böhm bringt in Nr. 15 ihrer Bundeszeitung einen Bericht, in dem sie ihre Existenzfähigkeit zu beweisen versucht. Der Bestand dieses übriggebliebenen Häufleins scheint ernstlich gefährdet zu sein, denn anders sind die Unwahrscheinlichkeiten und Verdrehungen gegen unsere Sektion nicht zu verstehen. Der Größenwahn läßt scheinbar kein Mares Unterscheidungsvermögen mehr aufkommen. Bekunden doch diese Ausgewerkschaftler zunächst den traurigen Mut, bei der Durchführung der tariflichen Bestimmungen für die in der Firma Godel u. Niebur beschäftigten Kollegen eine an Demut grenzende abwartende Stellung eingenommen zu haben. Trotzdem müßten sie glauben machen, daß ihr kleines Häuflein in maßgebender Weise die Tarifbewegung der Poliere beeinflusste. Was den Fall Godel u. Niebur betrifft, so hatten unsere dort beschäftigten Kollegen die Poliere der Firma zu einer Besprechung eingeladen und neben dem ebenfalls bei der Firma beschäftigten Vorstandsmitglied der sozialdemokratischen Organisation Köhne zwei Vorstandsmitglieder unserer Seite zu der Besprechung gebeten. Die Aussprache führte zu dem Ergebnis, daß die Vorstandsmitglieder beider Organisationen ersucht wurden, an die Firma zu schreiben. Diesem Ersuchen wurde unserer Seite Folge geleistet, während auf der anderen Seite die nächste Lösung abgewartet werden sollte, ob schon bereits volle 4 Wochen nicht der tarifliche Lohn gezahlt wurde. Am 29. Mai mußte nämlich die Steigerung eintreten, und am 1. Juli haben diese „übertragenden Interessenvertreter“ in ihrer Versammlung beschlossen, die nächste Lösung abzuwarten! Am Schluß wird in dem fraglichen Bericht der „Bundeszeitung“ sogar behauptet, der Tariflohn würde inzwischen bei der Firma gezahlt, während in Wirklichkeit nur ein

bescheidener Stundenlohn gezahlt wird; von Wochen- oder Monatslohn ist also gar keine Rede. Das nennen die Sozialdemokratischen Herren Kollegen also wirtschaftliche Interessenvertretung. Diejenigen Poliere und Schachtmeister, die ihnen ferner ihre Interessenvertretung anvertrauen, sind wirklich nicht zu beneiden. Außerdem wird wahrheitswidrig behauptet, der Vorsitzende Bergerich sei von uns angegriffen worden. Wann und von wem dieses geschehen sein soll, das ist das Geheimnis des Berichterstatters. Wenn weiter von Verleumdung durch die christliche Poliersektion die Rede ist, so ist dieses ein Ausfluß der Eitelkeit gewisser Kreise, denen die Entwicklung und die Tätigkeit unserer Sektion höchst unangenehm ist. Es wäre diesen Leuten zu viel Ehre angetan, wollten wir weiter auf die schälerhaften Anschuldigungen des Berichterstatters eingehen, die an sich schon viel Naivität und kein sonderlich geordnetes Denkövermögen verraten. Von einem Kollegen wird uns noch zu dem Fall Bergerich mitgeteilt, daß unter Stadtverordneten davon gesprochen worden sei, Bergerich habe sich im vorigen Jahre anlässlich der Anstellung von Baukontrolluren durch die Stadt um eine beratende Stellung beworben, obgleich er als Vorsitzender des damaligen, noch nicht auseinandergefallenen Poliervereins in einer Versammlung um die Stelle ersuchte, die auch erfolgte, jedoch keine solche von Bergerich. Solche Redereien wollen diese Leute unserer Sektion als Verleumdung anhängen. Wir haben wichtigere Versammlungsfragen zu erledigen, als unseren Mitgliebern solchen Klatsch vorzusetzen.

Mörs. Nachdem bereits am 18. Juli eine Versammlung der Poliere und Schachtmeister stattgefunden hatte, um zu dem Anschluß des Bundes an die Generalkommission der freien Gewerkschaften Stellung zu nehmen, fand am Sonntag, den 1. August, die Gründungsversammlung der Sektion für den Kreis Mörs statt. Kollega Peil kam nochmals auf die Ursachen der Gründung zu sprechen. Nachdem das Wirken des Deutschen Polierbundes ins sozialdemokratische Lager bekanntgeworden war, garte es auch hier unter den Polieren. Die Beiträge wurden dem Bunde eine Zeitlang gesperrt und man hoffte noch immer, daß der Anschluß wieder rückgängig gemacht werde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Der Delegiertentag hat anders entschieden. Jetzt muß für jeden denkenden Polier und Schachtmeister die Parole sein: Heraus aus dem Dunkel! Die nächste und größte Aufgabe der neuen Reichsleitung muß dem Zuständebekommen der neuen Beiträge bzw. die Umgestaltung derselben sein, damit die Rechte der Poliere in Zukunft gesichert werden. Der Polier muß für die Vertrauensstellung, die er bekleidet, und für die Verantwortung, die er trägt, auch entsprechend entschloffen werden. Er muß genau wie der Werkmeister in der Fabrik in das Angestelltenverhältnis kommen. Zum Schluß erwähnte Kollega Peil noch den neuesten Streich des Bundesvorstandes durch die Vereinbarung eines neuen Vertragsentwurfs, welcher bedeutende Verschlechterungen gegenüber dem alten Vertrag aufweist, was bei den Anwesenden große Entrüstung hervorrief. Darauf wurde der Vorstand gewählt und der übrige geschäftliche Teil erledigt. Die Versammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat, um 4 1/2 Uhr, in Mörs bei Kroppen statt. Nachdem noch einige Kollegen sich zum Uebertritt aus dem Bunde gemeldet hatten, schloß der Vorsitzende mit einem warmen Appell an die Mitglieder, nun, wo die Mitgliederzahl der neuen Sektion bereits 30 beträgt, für die weitere Ausbreitung Sorge zu tragen, damit auch der letzte christlich denkende Polier und Schachtmeister uns zugeführt wird.

Oberschlesien. Am Donnerstag, den 12. August, fand in Ruda die außerordentliche Tagung der Landesleitung der Poliere und Schachtmeister Oberschlesiens des christlichen Bauarbeiterverbandes Deutschlands statt. Anlaß zu dieser gab der von der Leitung des Deutschen Polierbundes mit dem Arbeitgeberverband des Baugewerbes vereinbarte Tarifentwurf. Dieser Entwurf, der in aller Stille — wahrscheinlich vor Scham — abgeschlossen worden ist, bedeutet gegen den alten Vertrag anstatt eine Verbesserung, eine unerhörte Verschlechterung. So würde bei Anerkennung dieses Vertrages der Wochenlohn für Poliere in Oberschlesien nicht mehr etwa 64 bis 65 M. die Woche über den Gesellenlohn betragen, sondern in Städten über 50 000 Einwohner nur 44 M. und in Städten unter 50 000 Einwohner sogar nur 33 M. So sieht es also mit der Interessenvertretung der Poliere und Schachtmeister durch den Polierbund, der jetzt sogar im sozialdemokratischen Lager gelandet ist, aus. Der Abschluß des Vertrages zeigt aber auch, daß die ober-schlesischen Verhältnisse wiederum, genau wie voriges Jahr, nicht berücksichtigt wurden zum Schaden der gesamten Poliere und Schachtmeister Oberschlesiens. Eine gewaltige Erregung ob solchen freudlichen Spiels mit unseren Interessen zitterte durch die zahlreich erschienenen Anwesenden. Diese fand in folgender einstimmig beschlossener Resolution ihren Niederschlag:

„Die am 12. 8. im „Gräflichen Gasthaus“ zu Ruda versammelten Poliere und Schachtmeister erheben einmütig Protest gegen die unächte und leichtfertige Politik der Leitung des Deutschen Polierbundes bei Verhandlung des neuen Vertragsentwurfs, in welchem wiederum die ober-schlesischen Verhältnisse so wenig berücksichtigt worden sind, wie sie im vorjährigen Tarif berücksichtigt waren. Es hat sich wieder gezeigt, daß dem Deutschen Polierbund eine gewissenhafte Interessenvertretung seines Standes, infolge seiner gewerkschaftlichen Unfähigkeit, einfach unmöglich ist. Die in dem Vertrag festgelegten Lohnnormen verraten für die ober-schlesischen Verhältnisse eine herartige Selbstverleumdung, daß wir ober-schlesischen Poliere und Schachtmeister nie und nimmer einem solchen Vertrage zustimmen könnten. Für uns bleibt kein anderer Weg, als mit dem Abschluß eines Vertrages für das ober-schlesische Gebiet noch einige Monate zu warten und tariflos weiterzuarbeiten, dafür aber mit aller Energie Sorge zu tragen, daß der letzte Polier und Schachtmeister, der noch abwartend seitwärts steht, unserer Sektion als

Mitglied zugeführt wird. Jedes Mitglied verpflichtet sich, im Interesse seines Standes alles zu tun, was uns einem glücklicheren Wohltat näherbringt. Nur Einigkeit und Energie wird uns vorwärts bringen.

Landessektion der Pölkere und Schachtmeister Oberschlesiens des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Der Bezirksvorstand.

Richard Bafont, Muba, Leostraße. Josef Funke, Hindenburg, Solwedestraße 29. Josef Knoblich, Rattowitz, Johannesstraße 10.

Verbandsnachrichten

Damm i. W. Am Sonntag, den 25. Juli, hielt die Ortsgruppe Damm des christlichen Bauarbeiterverbandes im Gewerkschaftshaus ihre gutbesuchte Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende Herr. Einig hielt einen interessanten Vortrag über die augenblickliche politische und wirtschaftliche Lage und berückichtigte dabei die Verhandlungen in Spa. Redner kritisierte dann besonders scharf die rote Internationale, worauf unsere deutsche Sozialdemokratie sich ja immer berufe. Wo sind die Arbeiter Englands und Frankreichs geblieben beim Friedensschluß, und auch jetzt wieder in Spa. Ganz schmachlich haben sie uns im Stich gelassen. Ja, die neuesten Meldungen besagen, daß die französischen Bergarbeiterverbände die uns auferlegten Kohlenverpflichtungen als gerecht und billig bezeichnen. So steht die vielgerühmte Brüderlichkeit der Internationale aus. Aus diesen Erwägungen heraus folgerte der Redner, daß wir als christliche Gewerkschafter keinen Glauben an die Dikse der internationalen Sozialdemokratie haben können. Wir christliche Arbeiter sind der Ueberzeugung, daß nur durch redliche, unermüdete Arbeit Deutschland wieder hochkommen kann. Deshalb darf das Vertrauen auf unsere Zukunft nicht verloren gehen. Jeder muß an seinem Map sein Teil dazu beitragen, damit wieder bessere Zeiten für Deutschland kommen. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen und in der Diskussion unterstrichen. Der Stassenbericht zeigte eine erfreuliche Zunahme der Finanzen und der Mitgliederzahl. Der Vorsitzende wies auf das am 1. August stattfindende Gewerkschaftsfest hin und betrachtete es als eine Ehrenpflicht, daß sich jedes Mitglied an dem Festzug beteiligen müsse. Auf den „Zentralverband Deutscher Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen“ wurde hingewiesen und betont, daß die in Frage kommenden Mitglieder dort hineingehört zur Wahrung ihrer Interessen.

Hemsheld (Wauunfall). Am 6. August war der Kollege Wille beim Ausschalen einer Betonbohle beschäftigt. Auf bis jetzt noch unauferklärte Weise stürzte die Bohle ein und begrub unseren Kollegen. Er konnte leider nur als Leiche herausgeholt werden. Die Untersuchung ist eingeleitet, doch was nützt dieses. Der Kollege ist tot. Vorsicht, mehr Vorsicht, das ist der Ruf, den alle Bauarbeiter sich zu Herzen nehmen sollen.

Sechenbauarbeiter

Reddinghausen. In einer vom christlichen Bauarbeiterverband der Verwaltungsstelle Reddinghausen einberufenen Versammlung der Sechenbauarbeiter, die von 14 Schichtanlagen besucht war, erstattete Kollege Artmann einen ausführlichen Bericht über folgende Punkte: 1. Industrie- oder Berufsorganisation; 2. die letzten Verhandlungen im Bergbau. Zum ersten Punkt führte Redner aus, daß in letzter Zeit Strömungen im Gange sind, alles was auf Sechen beschäftigt ist, in eine Industrieorganisation zusammenzufassen. Diese Bestrebungen lehnen wir ab, weil die größte Gruppe der Sechenarbeiter den kleineren eine wirksame Interessenvertretung nicht hat gewährleisten können, und weil doch eine neue Berufsgruppenbildung innerhalb der Industrieverbände sich herausbilden würde. Die Behandlung, die in Vergangenheit und Gegenwart die Bauarbeiter durch die Bergarbeiter erfahren haben, hat erstere nicht die Ueberzeugung geben können, daß Industrieverbände auch den kleineren Gruppen wirksam helfen werden. Bei der Interessenvertretung wird in fast allen Fällen die Minderheit an die Seite gesetzt. Bei wirtschaftlichen Fragen würden die tariflichen Vereinbarungen nur durch berufliche Vertreter zum vorteilhaften Abschluß zu bringen sein, zumal die Tätigkeit der Bauarbeiter eine wesentlich andere ist, als die der Bergarbeiter. Ebenso wie ein Bauarbeiter keine Bergarbeiter in wirtschaftlichen Fragen vertreten kann, genau so ist es umgekehrt der Fall. Die Bauarbeiter müssen es grundsätzlich ablehnen, sich von Nichtfachleuten vertreten zu lassen. Wir können Schutz gewährt ihnen nur die Berufsorganisation, dafür bürgt ihnen die Vergangenheit. Diese hat die Mittel in Händen, den Bauarbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen, was berufliche Organisationen nicht können. Auch bei Abschließen von Verträgen kommt es letzten Endes auf die praktischen Kenntnisse des Berufes an, die den Führern fremder Organisationen fehlen. Wenn bei dem letzten Vertragsabschluss im Bergbau es unter schwierigen Verhandlungen doch zuwege gebracht wurde, das Los der Sechenbauarbeiter so zu gestalten, daß sie in etwa ihre Lebensmitteldürfnisse decken konnten, so ist das der Mitwirkung der Berufsvertreter der Bauarbeiterorganisationen zuzuschreiben. Die Befähigung der Bauarbeiter erfordert Kenntnisse, die bei tariflichen Verhandlungen nur Fachleuten des betreffenden Berufs zugesprochen werden können. Wenn dem Nichtkennner bei Vertragsabschlüssen von Arbeitgeberseite Nachteile gegenüber gestellt werden, so ist jetzt nicht anzunehmen, diese Nachteile zu vermeiden. Das Sprichwort: „Schäfer bleibt bei seinem Schaf“ ist immer noch der richtige Weg vorwärts zu kommen. Zum zweiten Punkt: Die letzten Verhandlungen im Bergbau, führte der Kollege Artmann folgenden aus: Bei den letzten Verhandlungen am 1. Juli pro Stunde mit 1.40 Mark (1.40) haben die Sechen diese Forderung schon erlangt, was die Arbeitgeber nicht wollten.

Dieses lehnte die Regierung ab, übernahm aber von der bewilligten Lohnaufbesserung 4,50 M pro Schicht, die in Form von Lebensmittelgutscheinen zur Auszahlung gelangten. Diese Gutscheine sind aber nur bewilligt für die Monate Juni und Juli. Jetzt fanden Verhandlungen mit dem Reichsohnenrat statt, ob die Kostenpreise erhöht werden sollen oder die Regierung die 4,50 M pro Schicht und Arbeiter weiter übernehmen wolle. Derselbe lehnte beides ab mit der Begründung, daß die Sechen sehr wohl imstande seien, die 4,50 M tragen zu können. Letztere bestritten dieses entschieden. Der Vorsitzende, Herr Wilsdorf, wies darauf hin, daß, nachdem die Regierung den Zuschuß ablehne und die Sechen nicht zahlen könnten, nichts anderes übrig bleibe, als daß die Arbeiter auf den Zuschuß von 4,50 M oder doch einen Teil desselben verzichten. Nach längeren Verhandlungen ist von den Sechenherren der Vorschlag gemacht worden, die bisher verfahrenen Ueberfrachten auf die einzelnen Tage zu verteilen, so daß die zwei Pachtbüchsen von zusammen sieben Stunden geteilt durch sechs gleich eine Stunde und zehn Minuten, zu der täglichen Schichtzeit von sieben Stunden hinzukommen sollten, was eine Schichtzeit von acht Stunden und zehn Minuten ausmacht. Dadurch würden sich die Betriebskosten so verbilligen, daß die Sechen die Weiterzahlung des Zuschusses von 4,50 M übernehmen könnten. Daß dieses von den Organisationen entschieden abgelehnt wurde, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Einen Abbau des Zuschusses kann es jetzt noch nicht und eine Verlängerung der Arbeitszeit überhaupt nicht geben. Die Verhandlungen gehen weiter unter Hinzuziehung von Regierungsvertretern. Das Wesentliche bei der Sache ist, daß wir erstens nicht verstehen, warum Gutscheine als Zahlungsmittel benutzt werden, deren Herstellung eine erhebliche Summe veranlaßt, die die Allgemeinheit wieder ausbringen muß. Eine Entlohnung in Geld würde diese Ausgabe unnötig machen. Dann ist es auch sehr leicht, diese Gutscheine nachzumachen, was wohl nicht sehr lange dauern wird, wenn sie als Zahlungsmittel besetzen bleiben. Dies würde eine weitere erhebliche Belastung der Staatskasse zur Folge haben. Also fort mit den Gutscheinen, die nur eine große Verärgerung bei den Arbeitern mit sich gebracht haben. Was zweitens die beabsichtigte Verlängerung der Arbeitszeit anbelangt, so ist dieses Streben der Sechenherren durch das Ueberstundenmachen in eigener Regie stark beeinflusst, was uns wieder den Beweis erbringt, daß die Arbeiter mit ihrem Lohne nicht auskommen können. Die allernotwendigsten Lebensmittel können schließlich davon bestritten werden, aber die Auslagen für Bekleidung, Bett- und Leibwäsche, welche Artikel in den sechs Jahren allmählich aufgebraucht sind, können nicht davon gemacht werden. Trotzdem müssen wir die tarifliche Arbeitszeit einhalten, sonst ist die Verlängerung der Arbeitszeit tatsächlich nicht aufzuhalten und mit unserem menschenwürdigen Dasein, besonders in bezug auf die Kindererziehung, ist es für immer vorbei. Wo sehr lebhaft ausgesprochen wurde in zustimmendem Sinne. Folgende Erklärung fand einstimmige Annahme: Zu Punkt 1: „Die heute in Reddinghausen versammelten Vertreter der christlichen Sechenbauarbeiter von 14 Schichtanlagen aus der Verwaltungsstelle Reddinghausen erklären nur in ihrer Berufsorganisation, dem „Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands“, die einzige wirtschaftliche Interessenvertretung. Den Versuchen, die Sechenbauarbeiter in berufsfremden Verbänden zu organisieren, treten diese entschieden entgegen, weil ihre wirtschaftlichen Interessen dort nicht gewahrt werden können, vielmehr nur Vertreter dazu imstande sind, die über praktische Berufskennntnisse verfügen. Alle Vertreter verpflichten sich, in diesem Sinne auf ihren Arbeitsstellen tätig zu sein, und alle Bauarbeiter auf den Sechen, soweit sie sich zur christlichen Weltanschauung bekennen, dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter zuzuführen.“ Zu Punkt 2: „Die Sechenbauarbeiter erwarten, daß ihre Berufsvertreter nicht bloß zu den Lohnverhandlungen, sondern zu den gesamten Verhandlungen bei Abschluß von Tarifverträgen zugezogen werden. Mit Bauarbeitern nehmen dieselben Kenntnis von den letzten Verhandlungen, die ihnen einen Lohnabbau oder Arbeitszeitverlängerung in Aussicht stellten. Sie beauftragen ihre Vertreter, gegen diese Zumutungen schärfsten Front zu machen. Auch sind die Delegierten der Ansicht, daß die Lebensmittelgutscheine, die ihnen die Freiheit nehmen, über den verdienten Lohn frei zu verfügen, nicht wieder als Zahlungsmittel zugelassen werden. Wenn geordnete Arbeitsverhältnisse geschaffen werden sollen, ist die allseitige Belämpfung des unzulässigen Ueberstundennehmens erforderlich. Das beste Mittel dazu ist eine ausreichende Entlohnung bei einer vernünftigen Arbeitszeit. Nur dadurch wird dem Arbeiter Liebe, Lust und Vertrauen zur Arbeit wiedergegeben.“

Die Pflichtvergessenen

Für den Monat Juli haben nachfolgende Verwaltungsstellen die Arbeitslosenmeldekarte nicht eingesandt: Bezirk Berlin: Berlin, Rudau, Schneidemühl, Zeitz, Kottbus, Bielefeld. Bezirk Bochum: Arnberg, Bochum, Gelsenkirchen. Bezirk Breslau: Rausen, Glatz, Gotschütz, Münsterberg, Neureu, Reiche, Ottmagen, Sagan, Troschen, Schönan, Waldenburg, Wartha, Wartenberg, Witz. Bezirk Frankfurt: Bielefeld, Rarborn, Worms, Reichshausen, Langenbernbach, Arfurt, Mengerskirchen, Niederstein. Bezirk Hannover: Celle, Alshausen, Enger, Gargel, Hildesheim, Leinungen, Nienburg, Duderstadt, Helmstedt, Kirchsvenne, Mittellandbahn, Nörten, Nörten, Nörten, Nörten. Bezirk Karlsruhe: Essenburg, Ueberlingen, Ronsau, Elm, Schödingen, Püttlingen, Bahl-Dieshan, Reichshausen, Neuhausen, Stuttgart, Enger, Schödingen, Schödingen, Schödingen. Bezirk Köln: Aachen, Crefeld, Neuwied, Siegen, Solingen.

Bezirk Königsberg: Bischofshain, Neumarkt, Landsberg, Neustadt, Pechlau, Köffel, Seeburg, Kapitl Stegers. Bezirk München: Mötting, Burghausen, Pöhl, Landsberg, Mühldorf, München, Passau, Vottalmühle, Bilsbiburg, Pfarrkirchen. Bezirk Münster: Greven, Haren, Meppen, Otrup, Schüttorf, Velden, Werlte, Dreden, Olbehaus, Willebed, Berge, Aurtich. Bezirk Nürnberg: Amberg, Dettelbach, Hammelburg, Herzogenaurach, Karstadt, Krummholtz, Langendorf, Nichtenfels, Markreuth, Neumarkt, Weiden, Wessertal, Würzburg, Röh. Bezirk Paderborn: Alabau, Brakel, Bielefeld, Enger, Lippstadt, Meibach, Oelde, Rheda, Scherfede, Werthe, Westfalen, Bielefeld, Bielefeld, Bielefeld. Bezirk Saarbrücken: Contwig, Saarbrücken, Trier, Neunkirchen.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes

Die Arbeitslosenmeldekarte für den Monat August muß unbedingt vollständig eingesandt werden. Es ist darauf zu achten, daß die Verufe zuverlässig angegeben werden. Besonders ist zu beachten, daß die Zahl der Pölkere, der Jugendlichen und der weiblichen Mitglieder genau angegeben wird, da wir diese Angaben zu einer besonderen Statistik benötigen. Auch dort, wo keine besonderen Pölkerektionen bestehen, müssen die uns zugehörigen Pölkere zahlenmäßig genau angegeben werden. Die Verwalterstellen bitten wir dringend, die Karte bis spätestens 8. September abzugeben, da wir sonst in jedem Einzelfalle Nachfragen haben müssen. Dieses würde aber eine gewaltige Postübergebung sein. Der Hauptvorstand. J. A.: Jof. Wiebeberg.

Bekanntmachung

Wachtung! Verwaltungsstelle Hannover. Das Büro befindet sich jetzt Steinhorfeldstr. 2, 1. Stock und ist täglich geöffnet. Alle Verbandsangelegenheiten werden von dieser Stelle aus geregelt. Die Auszahlung der Unterstüßungen erfolgt am Freitag jeder Woche. Tel. Nord 7756. Der Vorstand der Verwaltungsstelle Hannover. J. A.: Hermann Edermann.

Sterbetafel.

Am 28. Juni starb infolge Lungenerkrankung unser Kollege Ludwig Wählig im Alter von 44 Jahren. Ortsgruppe Wesel. Am 21. Juli starb unser eifriges Mitglied und Mitbegründer unserer Verwaltungsstelle der Kollege Georg Michel an Magenkrebserkrankung. Verwaltungsstelle Marsberg. Am 25. Juli verunglückte im Steinbruch unser treuer Kollege Franz Summerich I tödlich. Eine Witwe und 8 Kinder stehen trauernd an der Bahre. Der Verbliebene war seit Bestehen Mitglied unserer Ortsgruppe. Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben. Ortsgruppe Mengerschied. Am 1. August starb unser treuer Kollege, der Maurer Heinrich Wäter, an Lungenschwindsucht. Verwaltungsstelle Rheine. Am 5. August starb nach langer schwerer Krankheit im Alter von 61 Jahren unser treuer Kollege, der Maurer Franz Albroth, an Magenkrebs. Ortsgruppe Elberfeld. Am 6. August starb infolge Unglücksfall unser Kollege Kaspar Wille im Alter von 49 Jahren. Verwaltungsstelle Remscheid. Obre ihrem Andenken!

Mehrere tüchtige Fabrikmaurer zum sofortigen Eintritt gesucht. Stahlwerk Brühl Brühl, Bezirk Köln.

Verbandsrat: Schöner und Dicker. Clement Schiffer. Stad: Reichshausen, Solingen und Langenfeld, sämtlich in Berlin.